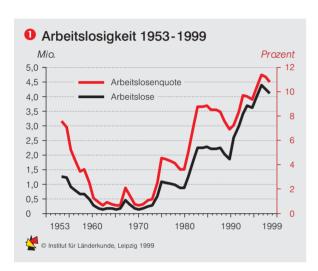
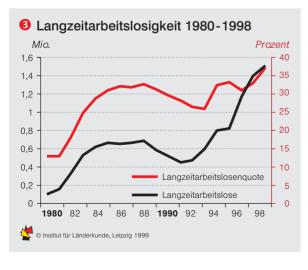
# Arbeitslosigkeit – eine gesellschaftliche Herausforderung

Andreas Schulz und Alfons Schmid







Die Arbeitslosigkeit ist am Ende dieses Jahrzehntes eines der Hauptprobleme in Deutschland. Noch nie waren in der Bundesrepublik so viele Menschen arbeitslos. Seit den fünfziger Jahren ist die Zahl der Erwerbslosen immer stärker angestiegen 0. 1997 zählte die Bundesanstalt für Arbeit erstmals über 4 Mio. Arbeitslose. Dabei zeigen sich große Unterschiede in dem Bestand, der Entwicklung und der regionalen Verteilung der Arbeitslosigkeit zwischen den neuen und den alten Ländern 4. Prognosen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gehen davon aus, dass diese Disparitäten das nächste Jahrzehnt über bestehen bleiben. Während sich das Arbeitsplatzdefizit in Westdeutschland bis 2010 nicht verringern wird, nimmt man für Ostdeutschland eine deutliche Zunahme der Arbeitslosigkeit an (Fuchs u.a. 1998). Ein rascher Rückgang der regionalen Disparitäten auf dem Arbeitsmarkt ist demnach in relativ kurzer Zeit nicht zu erwarten. Welche spezifischen regionalen Unterschiede gibt es hinsichtlich des Bestandes und der Struktur der Arbeitslosigkeit?

### **Arbeitslosigkeit**

## Neue Länder

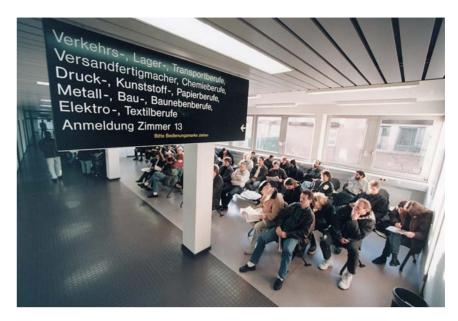
Die größten Arbeitsmarktprobleme haben die neuen Länder. Die Arbeitslosenquote lag hier 1998 mit steigender Tendenz bei 19,5%. Die Zahl der Arbeitslosen verdoppelte sich zwischen 1995 und 1998. Anhaltend hohe Arbeitslosenquoten gibt es in Mecklenburg-Vorpommern, Nord- und Südbrandenburg sowie Sachsen-Anhalt. Diese Regionen sind von industriellen Monostrukturen gekennzeichnet.

Charakteristisch für Ostdeutschland ist auch die hohe Entlastung des Arbeitsmarktes durch die Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik. Mit Hilfe aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen konnte die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen wesentlich reduziert werden 2. Im Mai 1999 wurde der Arbeitsmarkt durch Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik um etwa 430.000 Personen entlastet. Ohne diese Maßnahmen läge die Arbeitslosenquote bei 22% (BACH U.A. 1999, S. 12).

### Alte Länder

In den alten Ländern liegt die Arbeitslosenquote seit 1996 bei etwa 10%. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich dort zwischen 1995 und 1998 um etwa 13 Prozent erhöht. Seit 1998 ist die Zahl der Arbeitslosen in Westdeutschland relativ konstant.

Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit finden sich in Gebieten mit wirtschaftlichen Strukturproblemen (z.B. Ruhrgebiet, Saarland, Bremen). Diese Regionen sind von alten Kernindustrien wie dem Bergbau, der Stahlerzeugung und dem Schiffbau dominiert. Daneben haben in Westdeutschland vor allem Städte Arbeits-



marktprobleme (z.B. Saarbrücken, Bremerhaven, Gelsenkirchen). Mit hoher Arbeitslosigkeit kämpfen zudem die westdeutschen Regionen, die bislang durch die Zonenrandförderung unterstützt wurden. In der Tendenz kann auch ein leichtes Nord-Süd-Gefälle in Westdeutschland festgestellt werden. Die Zahl und der Anteil der Arbeitslosen ist in den mittleren und nördlichen Regionen höher als in den südlichen. Dies liegt an der wirtschaftlichen Stärke Baden-Württembergs, Hessens und der südlichen Gebiete Bayerns. In Oberbayern befinden sich auch die einzigen Regionen Deutschlands mit Arbeitslosenquoten unter 5,0%.

## Langzeitarbeitslosigkeit

In Deutschland kommt es zunehmend zu einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit, die mit einer weiteren Erhöhung der Disparitäten auf dem Arbeitsmarkt einhergeht. Seit Anfang der neunziger Jahre gibt es immer mehr Personen, die länger als zwölf Monate arbeitslos sind und damit als Langzeitarbeitslose gekennzeichnet werden 3. Zwischen 1996 und 1998 stieg die Zahl der Langzeitarbeitslosen um 28% Während seit 1998 der Bestand der Arbeitslosen stagniert, erhöhen sich Zahl und Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Erwerbslosen seit 1996. 1998 war bereits mehr als ieder dritte Erwerbslose länger als ein Jahr arbeitslos.

Die Zunahme der Langzeit- oder Sokkelarbeitslosigkeit wird mit der anhaltend schwachen Konjunktur in den neunziger Jahren erklärt (FRANZ 1996). Von dieser Entwicklung sind vor allem Regionen mit industriellen Kernsektoren wie dem verarbeitenden Gewerbe, dem Schiffbau und dem Bergbau betroffen. Langzeitarbeitslosigkeit ist im Bestand und in der Entwicklung demnach v.a. ein Problem industrieller, aber auch monostrukturierter Regionen. Mit der Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit verschärfen sich daher auch

die Disparitäten zwischen den Arbeitsmarktregionen. In Regionen, die arbeitsmarktpolitisch von der konjunkturellen Entwicklung abhängig sind, wirkt sich das Arbeitsplatzdefizit am stärksten auf die Dauer der Arbeitslosigkeit aus. Da sich mit der Dauer der Arbeitslosigkeit die persönlichen, qualifikatorischen und sozialen Probleme der Betroffenen verstärken, werden sie mit anhaltender Arbeitslosigkeit schwerer vermittelbar (GASS u.a. 1997). Kurzfristig Arbeitslose können daher in industriellen Regionen schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden, während sich die Arbeitslosigkeit bei den Dauererwerbslosen in diesen Regionen weiter verfestigt. Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland lassen sich in Bestand und Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit nicht erkennen.

### Resümee

Regionale Arbeitsmarktpolitik wird aufgrund der zunehmenden Disparitäten auf dem Arbeitsmarkt immer wichtiger. Die meisten Regionen mit einem hohen Anteil und einer hohen Zunahme an Arbeitslosen liegen in den neuen Ländern. Diese müssen daher ein Schwerpunkt aktiver Arbeitsmarktpolitik bleiben. Die Förderung in Ostdeutschland sollte in Zukunft regional differenzierter gestaltet werden, ähnlich wie sich die bisherige Strukturförderung in Westdeutschland auf Regionen wie die industriellen Kernregionen, die Städte und ehemaligen Zonenrandgebiete konzentrierte. Durch die Verfestigung der Arbeitslosigkeit und die Zunahme der regionalen Disparitäten sind die Kommunen in stärkerem Maß gefordert, arbeitsmarktpolitische Aktivitäten zu entfalten. Um weiteren Disparitäten auf dem Arbeitsmarkt insbesondere hinsichtlich der zunehmenden Langzeitarbeitslosigkeit entgegenzusteuern, sind in Deutschland die Kommunen bei diesen arbeitsmarktpolitischen Bemühungen zu unterstützen.

